

Herr Knülle erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion.

Für die CDU-Fraktion erläuterte Herr Lienesch die Ziele der Landesregierung zur Festsetzung des Kommunalwahltermines. Die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes zur Aufhebung des Wahltermines am 07.06.09 werde bedauert, aber selbstverständlich akzeptiert. Der neue Wahltermin am 30.08.09 werde aus folgenden Gründen als richtig erachtet:

- Die mit dem neuen Termin einhergehenden Mehrkosten seien überschaubar. Der seitens der SPD genannte Betrag von landesweit 42 Mio. € sei nicht haltbar. In Sankt Augustin belaufe sich der Mehraufwand auf ca. 33.000 €. Dies werde für vertretbar angesehen.
- Der Wähler solle bei seiner Entscheidung nicht von bundespolitischen Erwägungen beeinflusst werden. Es gehe nur um kommunale Themen.
- Auf Grund des bestehenden Wahlrechtes bestehe im Gegensatz zu einer Wahlpflicht die freie Entscheidung des Bürgers, hiervon Gebrauch zu machen. Eine Belastung der Wähler mit dem zusätzlichen Wahltermin werde daher nicht erkannt. Es seien alle aufgerufen, für eine hohe Wahlbeteiligung zu werben.
- Die Festsetzung des Wahltermines durch den Innenminister ist bereits erfolgt. Die beantragte Resolution würde keine Wirkung entfalten können.

Frau Jung teilte mit, ein Verzicht der SPD auf Erhebung der Klage gegen den Wahltermin am 07.06.2009 wäre die sparsamste Lösung gewesen.

Herr Metz hielt dem entgegen, dass die gesetzliche Regelung zum Wahltermin am 07.06.2009 verfassungswidrig gewesen sei. Er sehe als einzigen Grund für den Wahltermin am 30.08.2009 das Bestreben der Landesregierung, die Wahlbeteiligung möglichst gering zu halten.

Auf Nachfrage von Herrn Knülle teilte der Bürgermeister mit, dass zu den entstehenden Personalkosten der städtischen Bediensteten am Wahltag keine Kostenschätzung abgegeben werden könne, da derzeit der Umfang der einzusetzenden Mitarbeiter wegen des Fehlens der Zusagen aus dem politischen Bereich noch nicht abschließend feststehe.

Der Bürgermeister wies ferner darauf hin, dass die Wahlausschreibung des Innenministers am 09.03.2009 im Ministerialblatt veröffentlicht wurde.

Die Stadtverwaltung habe mit den organisatorischen Vorbereitungen für den Wahltermin am 30.08.2009 begonnen. Eine nochmalige Veränderung würde große organisatorische Probleme nach sich ziehen.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.